

Heinsberg, 18.02.2010

Rede zum Entwurf des Haushalts 2010

von

Stefan Lenzen

für die

FDP-Kreistagsfraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren der Verwaltung und der Presse,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Der Haushaltsplan 2010 sieht im Ergebnisplan Erträge von über 235 Mio. EUR gegenüber Aufwendungen von über 238 Mio. EUR vor. Das entspricht einem Minus von 3 Mio. Euro, die wir aus der Ausgleichsrücklage nehmen. Die geplante Nettoneuverschuldung beträgt fast 5 Mio. Euro, somit steigt die Gesamtverschuldung von Ende 2008 bis Ende dieses Jahres von 37 auf geplante 49 Mio. Euro. Das macht für jeden Bürger im Kreis Heinsberg eine Pro-Kopf-Verschuldung von fast 192 Euro aus. Soviel wie eine neue Spielekonsole kostet, eine Woche im 4-Sterne Hotel auf den Balearen, oder aber... man wird im Kreis Heinsberg geboren...

Die Finanzsituation unserer Kommunen ist angespannt, aber noch nicht hoffnungslos. Die meisten Städte im Kreis Heinsberg planen bis 2012 die vollständige Aufzehrung ihrer Ausgleichsrücklage. Dies war in Zeiten der Finanzkrise abzusehen, umso wichtiger ist es jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Das Land wie es gerne von Rot-Rot-Grün behauptet wird, lässt die Kommunen nicht im Stich. Von 2006 bis 2010 hat der Kreis Heinsberg unter der schwarz-gelben Landesregierung Schlüsselzuweisungen in Höhe von fast 126 Mio. erhalten, wogegen unter rot-grün der Kreis Heinsberg in den Jahren 2001 bis 2005 knapp 102 Mio. Euro erhalten hat. Also kann hier wohl

kaum von einem Raubzug durch die kommunalen Kassen die Rede sein, wohl eher das schwarz-gelb diesen Raubzug beendet hat.

Gerade in Zeiten der Krise zeigt es sich, wie wichtig es ist, für die Kommunen eine verlässliche Einnahmequelle zu haben. Daher fordern wir erneut die Abschaffung der unkalkulierbaren Gewerbesteuer und schlagen stattdessen eine eigene kommunale Abgabe, die gekoppelt an der Einkommenssteuer ist, vor. Sie ist weniger konjunkturanfällig und zeigt dem Steuerzahler auf einem Blick was ihm seine Kommune kostet.

Der zu geringe Eingriff in die Ausgleichsrücklage wurde kritisiert. Da bitte ich folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Die zu erwartende Mehrbelastung durch den Landesverband Rheinland (LVR), der nun doch seinen Hebesatz von 15,85 auf 16 Prozentpunkte anheben will. Für den Kreis Heinsberg wird das eine Mehrbelastung von rd. 425.000 € bedeuten.
2. Im Bereich der Sozialausgaben ist nur eine 2 %ige-Steigerung eingeplant, andere Landkreise rechnen mit einer 10%igen-Steigerung, wenn unsere Sozialausgaben im laufenden Jahr nur 5% über dem Plan steigen, was durchaus realistisch ist, dann müssen wir mit einer Zusatzbelastung von mehr als 1,4 Mio. Euro rechnen.

In beiden Fällen plädiert die FDP dafür, dies aus der Ausgleichsrücklage zu finanzieren, um so unseren Kommunen zu signalisieren, wir lassen Sie nicht wie in den vergangenen Wochen immer wieder fälschlich dargestellt im Stich. Der so geforderten höheren Entnahme tragen wir hiermit Rechnung und stellen zugleich eine Reserve sicher, die es uns ermöglicht den Kommunen in den nächsten Jahren zu helfen. Rückblickend und für künftige Haushalte wäre es aus unserer Sicht wünschenswert und notwendig gewesen, direkt 5 Mio. aus der Ausgleichsrücklage einzuplanen und gerade bei den Sozialkosten vorsichtiger zu kalkulieren um eventuellen Irritationen vorzubeugen.

Der Kreis Heinsberg einschließlich seiner Kommunen wird auch in Zukunft sparen müssen, denn mit weiteren Ausgabensteigerungen gerade im sozialen Bereich ist zu rechnen. Daran würde auch eine rot-rot-grüne Landesregierung nichts ändern, eher würde die Umsetzung des „linken“ Gedankenguts die finanzielle Lage unserer Kommunen katastrophal verschlechtern.

Gerade daher ist es unabdingbar alle möglichen Fördermittel vom LVR, Land, Bund und der EU abzurufen. Die FDP fordert daher eine Stelle in der Kreisverwaltung, die ausschließlich die

vorhandenen Fördermittel für den Kreis Heinsberg optimal generiert in enger Abstimmung mit den vorhandenen Strukturen.

Wir wünschen uns beim nächsten Haushalt mehr Transparenz. Das Neue Kommunale Finanzmanagement gibt es aus unserer Sicht her. Z. B. sollte der Produkt- und Ressourcenverantwortliche in den einzelnen Produktgruppen nicht die identische Person sein. Auch wenn dies keine Pflichtangabe im Kreishaushalt darstellt. Kostenbewusstsein, erhöhte Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit und verantwortungsbewusster Umgang mit Ressourcen erfordern ein Vier-Augen-Prinzip zur Kontrolle bzw. Absicherung von Entscheidungen und Tätigkeiten der Kreisverwaltung.

Desweiteren will die FDP das im nächsten Haushaltsplan die Herkunft der Zuwendungen differenzierter dargestellt werden. Kennzahlen wie z.B. dem Verschuldungsgrad, dem Verhältnis zwischen Personalaufwendungen und den direkt zurechenbaren Erträgen soll der nächste Haushalt ebenfalls beinhalten.

Mittelfristig soll die Kreisverwaltung, gerade in den beeinflussbaren Produktbereichen weitere Kennzahlen erarbeiten, um schnellstmöglich die Grundvoraussetzung für Zielvorgaben zu schaffen und den Kreishaushalt hin zum Bürgerhaushalt weiterzuentwickeln. Die FDP weiß, dass Sie das können und wir werden Sie dabei unterstützen.

Wir begrüßen die angekündigten Einsparungen im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 2 Mio. Euro, dies ist ein guter Anfang, aber noch lange nicht genug. Die FDP fordert weitere 5 % an Einsparungen bei den gesamten Sachaufwendungen, aber dies kann uns nur gemeinsam mit der Verwaltung gelingen, wenn auch Sie liebe CDU-Kollegen sich endlich von liebgewonnenem verabschieden. Es kann nicht sein, das wir in Zeiten knapper Kassen 58.000 Euro für Jubiläen zur Verfügung stellen, nur um den CDU-Abgeordneten von Bund, Land und Kreis die politische Landschaftspflege zu finanzieren. Der Bürger kann ja kaum noch unterscheiden von wem es denn eigentlich kommt, vom Ortsvorsteher, Kreis oder doch von der CDU?

Bei der Finanzierung der Sozialausgaben hat der Bund die zugesagten Zuschüsse nicht eingehalten, sondern sich unter rot-grün und der großen Koalition immer weiter aus der Verantwortung gezogen. Wir müssen nun die kommunalfeindliche Politik ausbaden. Das muss geändert werden und die FDP wird sich dafür einsetzen.

Positiv ist das fast unverminderte Investitionsvolumen in Höhe von 19 Mio. Euro. Gerade die längst überfälligen Investitionen im Straßenbau sind für unsere Bürger von immenser Bedeutung. Wäre hier der Antrag der Grünen zum Zuge gekommen, dann würde Gangelt und Vinteln förmlich an den LKW-Abgasen ersticken.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II werden dieses Jahr 4,5 Mio. Euro schwerpunktmäßig in die energetische Sanierung investiert, wodurch die Betriebskosten und der CO₂-Ausstoss gesenkt werden. Außerdem werden die Voraussetzungen zur Entwicklung einer Breitbandstruktur für unsere Unternehmen und Bürger im Kreis Heinsberg geschaffen. Die FDP wertet das als eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftsförderung. Doch haben wir noch viel Arbeit vor uns.

Um das Ziel des Schuldenabbaus nicht aus den Augen zu verlieren, muss aus unserer Sicht die interkommunale Zusammenarbeit gerade da wo das größte Einsparpotential besteht wie z. B. beim Beschaffungswesen, der EDV und der Abfallentsorgung weiter forciert werden. Auch die Kommunen sollten mittelfristig auch liebgewonnene Dinge wie ihre eigenen Bauhöfe und Jugendämter neu überdenken. Der ÖPNV muss attraktiver werden, die Anfangszeiten der Schulen im Kreis Heinsberg müssen noch besser aufeinander abgestimmt werden, um so die Leerfahrten weiter zu reduzieren.

Die Kennzahlenentwicklung durch die Verwaltung ist nur der Anfang, in der Folge müssen klar definierte Ziele für die einzelnen Produktgruppen formuliert werden, Budgets vorgegeben und durch ein unterjähriges Controlling überwacht werden. Um einen Sparanreiz zu schaffen, sollten 30 % der eingesparten Mittel den Ämtern im nächsten Jahr wieder zur Verfügung stehen.

Aufgrund des demographischen Wandels soll bei der zukünftigen Planung von Gebäuden die Multifunktionalität im Vordergrund stehen, gerade die mögliche Folgenutzung bestehender Gebäude muss ohne große Kosten realisierbar sein. Wir müssen uns mit dem Gedanken anfreunden, dass in Zukunft in nicht genutzten Schulen ein betreutes Wohnen stattfindet.

Die FDP wird weiter für einen Hochschulstandort im Kreis Heinsberg, mehr Transparenz und Bürgernähe in Verwaltung und Politik und einem schuldenfreien Kreis Heinsberg ab 2020 kämpfen. Auch wenn es noch viele Baustellen gibt, stimmt die FDP-Fraktion dem vorliegenden Haushalt 2010 zu.

Ich bitte Sie Herr Landrat ihren Mitarbeitern im Namen der FDP-Fraktion für ihren großen Einsatz unseren Dank auszusprechen und Ihnen Herrn Schöpgens möchte ich für ihre unparteiischen und kompetenten Ausführungen danken.